

# Energiepolitik auf den Prüfstand!

**Auftrag an den künftigen Bundestag – Ihre Haltung ist gefragt**

**Fakt:** Die aktuelle Energiepolitik folgt der Vorstellung, man könne den Energiebedarf unseres Landes sukzessive mit Windkraft und Solarenergie decken. Dies erweist sich bei näherer Betrachtung der Details als Illusion, die auf falschen physikalisch-technischen Annahmen beruht. Aktuell steuern rund 29.000 Windenergieanlagen und 1,6 Millionen Photovoltaikanlagen zusammen gerade einmal 3,1 Prozent zur Deckung unseres Energiebedarfs bei. Ihr Anteil an der Teilmenge Strom (Strom = ca. 14% der Primärenergie bzw. ca. 20% der Endenergie) ist zwar höher (ca. 18%), die von ihnen verursachten direkten und systemischen Kosten sind jedoch gigantisch. Die Kardinalprobleme – die Wetterabhängigkeit und die geringe Energiedichte – sind ungelöst bzw. unlösbar. Die während der letzten Legislaturperiode von der Politik vertretene Vorstellung, ein „Ausbau in der Fläche“ führe zu einer Verringerung der naturgemäßen Volatilität, widerspricht mathematisch-statistischen Gesetzen und ist empirisch widerlegt: Jeder weitere Ausbau von Windkraft und PV verschärft die Probleme.

**Fakt:** Um die fehlende Verlässlichkeit von Windkraft- und Photovoltaik ausgleichen und konventionelle Erzeugung (derzeit: Kohle, Kernkraft, Erdgas) tatsächlich ersetzen zu können, würden Stromspeicher in gigantischen Dimensionen benötigt. Um für eine zehntägige Phase geringer Wind- und PV-Erzeugung gewappnet zu sein, bräuchten wir rund 2000 Exemplare des größten vorhandenen Pumpspeicherkraftwerks (Goldisthal). Andere Speichertechnologien sind aufgrund der geringen Wirkungsgrade kostenmäßig illusorisch. Billionen € wären nötig, um den Strom als Überbrückung für eine wenige Tage dauernde Dunkelflaute z.B. über Batteriesysteme zu speichern. Der Ersatz regelbarer durch fluktuierende Erzeugung ist ohne Speicher technisch unmöglich und mit Speichern unbezahlbar.

**Fakt:** Dem vorgeblichen Klimaschutz dient die aktuelle Energiepolitik nicht. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steigt, statt zu sinken. Das „schmutzige Geheimnis“ des „Ökostroms“ ist kein Übergangsphänomen, sondern systembedingt. Eine wirklich umweltfreundlichere Energieversorgung bedarf einer technologieneutralen Forschungsoffensive.

**Fakt:** Infolge der auf Ausbau „Erneuerbarer Energien“ verengten Politik sind die Strompreise stetig gestiegen und weitere Kostensteigerungen vorprogrammiert. Der Wirtschaftsstandort leidet. Die soziale Schieflage wird immer größer. Für das produzierende Gewerbe stellt die Energiepolitik einen Standortnachteil dar. Der letzte Bundeswirtschaftsminister sorgte sich zu Recht wegen der Investitionszurückhaltung. Gleichzeitig nahm die Umverteilung von „Unten“ (Geringverdiener, Mieter) nach „Oben“ (EEG-Profiteure) kontinuierlich zu.

**Fakt:** Das Anreizsystem des EEG induziert Umweltkriminalität, sät Unfrieden und bedingt Landschaftsfraß und Naturzerstörung in ungekanntem Ausmaß. Meldungen über die Zerstörung von Storch- und Rotmilanhorsten (K.O.-Kriterien für Windkraftprojekte) häufen sich. Doch bereits im „legalen Betrieb“ fordern die vorhandenen Windkraftanlagen einen hohen Blutzoll: Eine Viertelmillion Fledermäuse fällt ihnen jährlich zum Opfer, dem Rotmilan droht gar die Ausrottung. Die vor Ort erlebbaren desaströsen Wirkungen der aktuellen Energiepolitik auf Fauna, Flora und Lebensqualität riefen während der letzten Legislaturperiode einen stetig wachsenden gesellschaftlichen Widerstand hervor, der sich heute in über 800 Bürgerinitiativen manifestiert.

**Fakt:** Unabhängige wissenschaftliche Gremien fordern eine Kurskorrektur – seit Langem, wiederholt und vehement. Bislang stets vergeblich. Unter anderem übten der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Monopolkommission, die Expertenkommission Forschung und Entwicklung des Bundestages und der Bundesrechnungshof während der letzten Legislaturperiode deutliche und substantielle Kritik an der Energiepolitik. Auch die von der Bundesregierung selbst eingesetzte Monitoring-Kommission kam zu erschütternden Resultaten. Aus all diesen Erkenntnissen wurden in der letzten Legislaturperiode leider kaum Konsequenzen gezogen.

